

Staatsrecht II

Grundrechte

Bearbeitet von
Von Prof. Dr. Gerrit Manssen

15. Auflage 2018. Buch. XXIV, 290 S. Kartoniert
ISBN 978 3 406 72032 1
Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Öffentliches Recht > Staatsrecht, Verfassungsrecht > Staatsrecht](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Lernbücher Jura
Staatsrecht II · Grundrechte
Gerrit Manssen



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Staatsrecht II

Grundrechte

von

Dr. Gerrit Manssen

*o. Professor
an der Universität Regensburg*

15. Auflage 2018


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 72032 1

© 2018 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Fotosatz H. Buck
Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumbhausen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 15. Auflage

Die 14. Auflage des Werkes hat erneut eine erfreuliche Resonanz bei den Lesern erhalten, so dass wiederum innerhalb eines Jahres eine Neuauflage erforderlich wurde. Sie berücksichtigt die bis Ende 2016 eingetretenen Entwicklungen im Bereich der Grundrechtsdogmatik.

Ich habe mich wie bei den Voraufagen bemüht, die Ausführungen nicht mit Details zu überfrachten. Die Grundrechtsdogmatik ist ein wichtiger Bestandteil der Ausbildung von Studierenden im öffentlichen Recht, aber keinesfalls der einzige. Eine Konzentration auf das Wesentliche im Bereich der Pflichtfächer ist angesichts der insgesamt gestiegenen Stoffmenge durch die Reform der Schwerpunktbereichsausbildung für ein „Lernbuch“ unabdingbar.

Zur methodischen Verwendung dieses Buches folgende Empfehlung: Es lässt sich vor allem bei der Darstellung der allgemeinen Grundrechtslehren (§§ 2–8) nicht immer vermeiden, dass zum Teil Kenntnisse der einzelnen Grundrechte vorausgesetzt werden, die erst später vermittelt werden. Teilweise sind auch gewisse Kenntnisse des Unions-/Europarechts nötig, um die Ausführungen nachvollziehen zu können. Als Anfänger bzw. Einsteiger in das Staats- und Verwaltungsrecht sollte man sich davon nicht verwirren lassen. Gegebenenfalls ist zu empfehlen, das Buch von vorne zu beginnen, nachdem der Stoff einmal komplett durchgearbeitet wurde bzw. die Teile, für die die nötigen Vorkenntnisse noch nicht vorhanden sind, zunächst wegzulassen.

Zu danken habe ich erneut meinen Mitarbeitern am Lehrstuhl für Öffentliches Recht in Regensburg für die engagierte Mithilfe.

Regensburg, im Januar 2018

Gerrit Manssen



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXI
-----------------------------	-----

Teil I. Grundlagen

§ 1. Geschichte der Menschen- und Bürgerrechte	1
I. Die Entwicklung außerhalb Deutschlands	1
1. Die Herausbildung des Grundrechtsschutzes in der englischen Verfassungstradition	1
2. Grundrechtsschutz in amerikanischen Verfassungsdokumenten	2
3. Die französische Menschen- und Bürgerrechtserklärung von 1789	3
II. Grundrechtsentwicklungen in Deutschland bis 1933	3
III. Grundrechte unter dem Grundgesetz	4
§ 2. Einteilung der Grundrechte	5
I. Der Begriff Grundrecht	5
1. Grundrechte und Menschenrechte	5
2. Grundrechtsgleiche Rechte	6
3. Grundrechte in den Landesverfassungen	6
II. Freiheits- und Gleichheitsrechte	7
1. Prüfungsaufbau bei Freiheitsrechten	7
a) „Interner“ Prüfungsaufbau eines Freiheitsrechts	7
b) Prüfungsaufbau bei mehreren einschlägigen Freiheitsrechten	8
2. Prüfungsaufbau bei Gleichheitsrechten	9
3. Verhältnis von Freiheits- und Gleichheitsprüfung	9
III. Jedermann- und Deutschengrundrechte	11
IV. Benannte und unbenannte Grundrechte	13
§ 3. Funktionen der Grundrechte	13
I. Grundrechte als Abwehrrechte	13
II. Grundrechte als Institutsgarantien bzw. institutionelle Garantien	14
III. Objektive Grundrechtsdimensionen	15
1. Allgemeines	15
2. Schutzpflicht	15
a) Schutzpflicht für alle grundrechtlich geschützten Rechtsgüter	15
b) Untermaßverbot	16

c) Prüfungsaufbau	17
3. Leistungsrechte	18
4. Teilhaberechte	19
IV. Verfassungskonforme Auslegung	20

Teil II. Allgemeine Grundrechtslehren

§ 4. Grundrechtsträger	21
I. Natürliche Personen als Grundrechtsträger	21
II. Personenvereinigungen als Grundrechtsträger (Art. 19 Abs. 3 GG)	22
1. Der Begriff „juristische Person“	22
2. Die wesensmäßige Anwendbarkeit des Grundrechts	23
III. Juristische Personen des öffentlichen Rechts als Grundrechtsträger	24
1. Grundsatz: Keine Grundrechtsträgerschaft von juristischen Personen des öffentlichen Rechts	24
2. Ausnahmen	25
a) Juristische Personen des öffentlichen Rechts ohne inner- staatliche Hoheitsbefugnisse	25
b) Spezifische Zuordnung zu einem grundrechtlich geschützten Lebensbereich	26
c) Prozessgrundrechte	26
IV. Juristische Personen des Privatrechts mit staatlicher Beteiligung ..	27
1. Durchblickstheorie	27
2. Gemischtwirtschaftliche Unternehmen	28
§ 5. Grundrechtsverpflichtete	29
I. Grundrechtsschutz gegenüber der Europäischen Union	29
1. Grundsatz: Beschränkung der Grundrechtsbindung auf die deutsche öffentliche Gewalt	29
2. Europäisches Primärrecht	29
3. Europäisches Sekundärrecht	30
4. Vollzug von Unionsrecht durch nationale Behörden	31
5. Die Europäische Menschenrechtskonvention	32
II. Grundrechtsbindung der Exekutive	33
1. Öffentlich-rechtliches Handeln	33
2. Privatrechtliches Handeln	33
III. Sonderproblem Drittwirkung	35
1. Grundrechtsbindung des Gesetzgebers	35
2. Grundrechtsbindung der Rechtsprechung	36
a) Bindung an Freiheitsrechte	36
b) Bindung an den Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG)	36
3. Grundrechtsbindung gegenüber Privaten	37

4. Überprüfung von fach-/zivilgerichtlichen Entscheidungen durch das BVerfG	37
5. Wichtige Drittwirkungsfälle	38
a) Lüth – BVerfGE 7, 198 ff.	38
b) Blinkfuer – BVerfGE 25, 256 ff.	39
c) Bürgschaftsfall – BVerfG, NJW 1994, 36 ff.	40
d) Fazit zur Drittwirkung	40
§ 6. Verwirkung von Grundrechten (Art. 18 GG)	40
I. Art. 18 GG als Ausdruck „streitbarer Demokratie“	41
II. Voraussetzungen einer Verwirkungsentscheidung	41
1. Missbrauch zum Kampf	41
2. Kampf gegen die „freiheitliche demokratische Grundordnung“	41
III. Folgen einer Verwirkungsentscheidung	42
§ 7. Der Grundrechtseingriff	42
I. Allgemeines	42
II. Grundrechtsverzicht	43
III. Eingriffsformen	43
1. Klassischer Grundrechtseingriff	43
2. Faktischer Grundrechtseingriff	44
3. Einzelfälle, insbesondere Informationshandeln der Regierung	44
4. Moderner Eingriffsbegriff? – Hinweise zur Falllösung	46
§ 8. Die Beschränkung von Grundrechten	46
I. Allgemeines	46
1. Grundrechte mit Gesetzesvorbehalten	47
2. Grundrechte ohne Gesetzesvorbehalte	47
3. Sonderproblem: Einschränkung von Grundrechten mit Gesetzesvorbehalt durch kollidierendes Verfassungsrecht	49
II. Erforderlichkeit einer gesetzlichen Grundlage	49
III. Formelle Verfassungsmäßigkeit der gesetzlichen Grundlage	51
1. Kompetenz, Verfahren, Form	51
2. Zitiergebot (Art. 19 Abs. 1 Satz 2 GG)	51
IV. Materielle Verfassungsmäßigkeit der gesetzlichen Grundlage	54
1. Bestimmtheit	54
2. Verfahrensmäßige Absicherung	56
3. Verbot von Einzelfallgesetzen (Art. 19 Abs. 1 Satz 1 GG)	57
4. Anforderungen des qualifizierten Gesetzesvorbehaltes	59
5. Anforderungen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes i. w. S. (Übermaßverbot)	59
a) Legitime Zwecksetzung	60
b) Geeignetheit	60
c) Erforderlichkeit	60

d) Zumutbarkeit (Verhältnismäßigkeit i. e. S.)	61
6. Wesensgehaltsgarantie (Art. 19 Abs. 2 GG)	62
a) Individuelles oder generelles Verständnis	62
b) Absolutes oder relatives Verständnis	63
V. Verfassungsmäßigkeit der Rechtsanwendung	63
1. Ein- und mehrstufige Grundrechtseingriffe	63
2. Prüfungskompetenz des BVerfG hinsichtlich der Rechtsanwendung	64

Teil III. Freiheitsrechte

§ 9. Garantie der Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG)	67
I. Allgemeines	67
1. Menschenwürde als „oberster Wert“	67
2. Der Grundrechtscharakter von Art. 1 Abs. 1 GG	67
3. Unzulässigkeit von Eingriffen	68
II. Grundrechtsträger	69
1. Grundrechtsträgerschaft natürlicher Personen	69
2. Grundrechtsträgerschaft des nasciturus	69
3. Grundrechtsträgerschaft von Toten	69
III. Schutzbereich der Menschenwürdegarantie	70
1. Objektformel	70
2. Verhältnis zu anderen Grundrechten	71
IV. Objektive Dimensionen der Garantie der Menschenwürde	72
1. Schutzrechte und Leistungsansprüche	72
2. „Wrongful birth“ bzw. „wrongful life“	72
3. Forschung mit embryonalen Stammzellen	73
§ 10. Allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG)	73
I. Sachlicher Schutzbereich	74
1. Weite Interpretation des Schutzbereichs	74
2. Subsidiarität gegenüber Spezialgrundrechten	74
II. Persönlicher Schutzbereich	75
III. Eingriff	75
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Beschränkungen	75
§ 11. Allgemeines Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG)	77
I. Schutzbereich	77
1. Sachlicher Schutzbereich	77
2. Persönlicher Schutzbereich	79
II. Eingriffe	80
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	80

IV. Objektiv-rechtliche Dimension des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	82
1. Allgemeines	82
2. Der Schutz von Prominenten gegen Medienberichterstattung ..	83
a) Schutz des eigenen Bildnisses	83
b) Schutz von Kindern Prominenter	83
c) Schutz gegen Bildmanipulationen	84
§ 12. Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG)	84
I. Schutzbereich	84
1. Sachlicher Schutzbereich	84
a) Recht auf Leben	84
b) Recht auf körperliche Unversehrtheit	84
2. Persönlicher Schutzbereich	85
II. Eingriff	85
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	85
IV. Objektiv-rechtliche Dimension des Grundrechts	87
1. Allgemeines	87
2. Beispielsfälle	88
a) Selbsttötung	88
b) Schwangerschaftsabbruch	88
§ 13. Freiheit der Person (Art. 2 Abs. 2 Satz 2 GG)	89
I. Schutzbereich	89
II. Eingriff	90
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	91
§ 14. Glaubensfreiheit (Art. 4 GG)	93
I. Schutzbereich	93
1. Sachlicher Schutzbereich	93
a) Einheitliche Garantie	93
b) Begriff des Glaubens	94
c) Einzelfragen des sachlichen Gewährleistungsbereichs	94
2. Persönlicher Schutzbereich	96
a) Individuelle Glaubensfreiheit	96
b) Kollektive Glaubensfreiheit	96
II. Eingriff	97
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	98
1. Eingriffe in die individuelle Glaubensfreiheit	98
2. Eingriffe in die kollektive Glaubensfreiheit	101
IV. Objektiv-rechtliche Dimension des Grundrechts	102
1. Glaubensfreiheit und Arbeitsrecht	102
2. Schächten von Tieren	102

3. Religionsfreiheit und Ladenschluss	103
§ 15. Gewissensfreiheit (Art. 4 GG)	104
I. Schutzbereich	104
1. Sachlicher Schutzbereich	104
2. Persönlicher Schutzbereich	105
II. Eingriff	105
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	105
IV. Objektive Wirkung der Gewissensfreiheit	107
§ 16. Kommunikationsgrundrechte (Art. 5 Abs. 1 und Abs. 2 GG)	107
I. Übersicht	107
II. Schutzbereiche	108
1. Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 Satz 1 1. Var. GG)	108
a) Sachlicher Schutzbereich	108
b) Persönlicher Schutzbereich	110
2. Informationsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 Satz 1 2. Var. GG)	111
a) Allgemein zugängliche Quellen	111
b) Geschütztes Verhalten	112
c) Grundrechtsträger	112
3. Pressefreiheit (Art. 5 Abs. 1 Satz 2 1. Var. GG)	113
a) Sachlicher Schutzbereich	113
b) Persönlicher Schutzbereich	114
4. Rundfunkfreiheit (Art. 5 Abs. 1 Satz 2 2. Var. GG)	115
a) Sachlicher Schutzbereich	115
b) Persönlicher Schutzbereich	115
c) Grundlinien für die gesetzgeberische Ausgestaltung der Rundfunkfreiheit	116
5. Filmfreiheit (Art. 5 Abs. 1 Satz 2 3. Var. GG)	119
III. Eingriffe	119
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	120
1. Die Schranke der „allgemeinen Gesetze“ (Art. 5 Abs. 2 GG)	120
2. Wechselwirkungslehre	123
a) Allgemeines	123
b) Beispiele	123
3. Zensurverbot (Art. 5 Abs. 1 Satz 3 GG)	125
4. Kollidierendes Verfassungsrecht	125
§ 17. Wissenschaftsfreiheit (Art. 5 Abs. 3 Satz 1 2. Var. GG)	125
I. Schutzbereich	126
1. Sachlicher Schutzbereich	126
a) Einheitlichkeit der Garantie	126
b) Begriff der Wissenschaft	126
c) Begriff der Lehre	126

d) Treue zur Verfassung (Art. 5 Abs. 3 Satz 2 GG)	127
2. Persönlicher Schutzbereich	127
II. Eingriffe	127
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	127
IV. Objektive Dimension des Grundrechts	129
§ 18. Kunstfreiheit (Art. 5 Abs. 3 Satz 1 1. Var. GG)	129
I. Schutzbereich	130
1. Sachlicher Schutzbereich	130
2. Persönlicher Schutzbereich	131
II. Eingriffe	133
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	133
1. Die Beurteilung von einschränkenden Gesetzen	133
2. Die Beurteilung der Rechtsanwendung im konkreten Fall	134
§ 19. Schutz von Ehe, Familie und Elternrecht (Art. 6 GG)	135
I. Überblick	135
II. Schutzbereich	136
1. Schutz von Ehe und Familie	136
a) Schutz der Ehe	136
b) Geschütztes Verhalten der Ehefreiheit	137
c) Schutz der Familie	137
d) Grundrechtsträger	138
2. Elternrechte und Elternpflichten (Art. 6 Abs. 2 und 3 GG)	138
III. Eingriff	139
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	140
1. Eingriffe in Ausübung des staatlichen Wächteramtes (Art. 6 Abs. 2 Satz 2 GG)	140
2. Zwangsweise Trennung von Eltern und Kindern (Art. 6 Abs. 3 GG)	141
3. Eingriffe aufgrund der staatlichen Schulhoheit (Art. 7 Abs. 1 GG)	141
4. Sonstige Eingriffe	141
V. Objektive Grundrechtswirkungen	142
1. Finanzielle Förderung von Familien	142
2. Vollzug ausländerrechtlicher Bestimmungen	142
3. Besonderer Schutz der werdenden Mütter (Art. 6 Abs. 4 GG) ...	143
4. Gleichstellungsauftrag nach Art. 6 Abs. 5 GG	143
§ 20. Schulwesen (Art. 7 GG)	144
I. Überblick	144
II. Schulaufsicht (Art. 7 Abs. 1 GG)	144
1. Begriff der Schule	144
2. Inhalt und Grenzen der Schulaufsicht	144

III. Religionsunterricht (Art. 7 Abs. 2 und 3 GG)	146
IV. Privatschulfreiheit (Art. 7 Abs. 4 und 5 GG)	148
1. Zulassung von privaten Volksschulen (Art. 7 Abs. 5 GG)	148
a) Begriff der Volksschule	148
b) Genehmigungsvoraussetzungen für Volksschulen	149
2. Zulassung von privaten Ersatzschulen (Art. 7 Abs. 4 GG)	149
a) Begriff der privaten Ersatzschule	149
b) Genehmigungsvoraussetzungen für private Ersatzschulen ...	149
3. Sonstige Schulen	150
4. Verbot von Vorschulen (Art. 7 Abs. 6 GG)	150
§ 21. Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG)	151
I. Schutzbereich	151
1. Sachlicher Schutzbereich	151
a) Versammlung und Ansammlung	151
b) Geschütztes Verhalten	152
c) Erfordernis der Friedlichkeit	153
2. Persönlicher Schutzbereich	153
II. Eingriff	154
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	154
1. Beschränkungen von Versammlungen „unter freiem Himmel“	154
a) Verfassungsmäßigkeit der gesetzlichen Grundlagen	154
b) Verfassungsmäßigkeit von Einzelmaßnahmen	156
2. Beschränkungen von Versammlungen in geschlossenen Räumen	158
IV. Objektiv-rechtliche Dimension des Grundrechts	159
1. Auslegung von Straftatbeständen	159
2. Prozessuale Besonderheiten	160
§ 22. Vereinigungsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG)	163
I. Schutzbereich	163
1. Begriff der Vereinigung	163
2. Individuelle Vereinigungsfreiheit	164
a) Sachlicher Gewährleistungsumfang	164
b) Grundrechtsträger	164
3. Kollektive Vereinigungsfreiheit	164
a) Sachlicher Gewährleistungsumfang	164
b) Grundrechtsträger	165
II. Eingriff	166
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	167
1. Kein Verbot von Verfassungen wegen	167
2. Anforderungen an die Verbotsnormen	168
3. Anforderungen an die Verbotsverfügung	168

§ 23. Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 3 GG)	168
I. Schutzbereich	169
1. Begriff der Koalition	169
2. Individuelle Koalitionsfreiheit	169
3. Kollektive Koalitionsfreiheit	169
II. Eingriffe	171
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	171
§ 24. Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Art. 10 GG)	173
I. Schutzbereich	173
1. Allgemeines	173
2. Briefgeheimnis	173
3. Postgeheimnis	173
4. Fernmeldegeheimnis	174
5. Persönlicher Schutzbereich	175
II. Eingriffe	176
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	177
1. Der allgemeine Gesetzesvorbehalt (Art. 10 Abs. 2 Satz 1 GG) ..	177
2. Der besondere Gesetzesvorbehalt (Art. 10 Abs. 2 Satz 2 GG) ..	178
IV. Objektiv-rechtliche Dimensionen des Grundrechts	179
§ 25. Freizügigkeit (Art. 11 GG)	179
I. Schutzbereich	179
1. Sachlicher Schutzbereich	179
a) Wohnsitz und Aufenthalt	179
b) Verhältnis zu anderen Grundrechten	179
2. Persönlicher Schutzbereich	180
II. Eingriff	180
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	180
1. Beschränkung durch oder aufgrund eines Gesetzes	180
2. Materielle Anforderungen an Beschränkungsmaßnahmen	181
§ 26. Berufsfreiheit, Arbeitszwang, Zwangsarbeit (Art. 12 GG)	181
I. Übersicht	181
II. Schutzbereich	182
1. Persönlicher Schutzbereich	182
2. Sachlicher Schutzbereich	183
a) Berufsbegriff	183
b) Berufswahlfreiheit	184
c) Berufsausübungsfreiheit	184
d) Arbeitsplatzwahlfreiheit	185
e) Wahl der Ausbildungsstätte	185
III. Eingriffe in die Berufsfreiheit	186
1. Regelungen mit subjektiv berufsregelnder Tendenz	186

2. Zweifelsfälle	186
3. Eingriffe durch Realakte	189
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen in die	
Berufsfreiheit	190
1. Einheitlicher Gesetzesvorbehalt	190
2. Erfordernis einer gesetzlichen Grundlage	191
3. Besondere Anforderungen hinsichtlich der	
Verhältnismäßigkeitsprüfung	192
a) Legitime Zwecksetzung, Geeignetheit, Erforderlichkeit	192
b) Berufsausübungsregelungen	193
c) Subjektive Berufswahlregelungen	196
d) Objektive Wahlregelungen	198
e) Sonderfälle	200
V. Objektive Dimension der Berufsfreiheit	201
1. Leistungsrechte	201
2. Verfahrensrechtliche Absicherung der Berufsfreiheit	201
3. Bedeutung der Berufsfreiheit im Privatrecht	202
VI. Schutz vor Arbeitszwang (Art. 12 Abs. 2 GG)	202
VII. Schutz vor Zwangsarbeit (Art. 12 Abs. 3 GG)	204
§ 27. Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG)	204
I. Schutzbereich	205
1. Sachlicher Schutzbereich	205
2. Persönlicher Schutzbereich	205
II. Eingriff	205
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	207
1. Rechtfertigung von Durchsuchungen (Art. 13 Abs. 2 GG)	207
2. Rechtfertigung von technischen Überwachungen	
(Art. 13 Abs. 3–6 GG)	208
3. Sonstige Eingriffe und Beschränkungen (Art. 13 Abs. 7 GG) ...	209
§ 28. Eigentums- und Erbrechtsgarantie (Art. 14 und 15 GG)	210
I. Schutzbereich der Eigentumsgarantie	210
1. Sachlicher Schutzbereich	210
a) Instituts- und Rechtsstellungsgarantie	210
b) Eigentumsbegriff	211
2. Persönlicher Schutzbereich	213
II. Eingriffe	214
1. Allgemeines	214
2. Inhalts- und Schrankenbestimmungen	
(Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG)	214
3. Enteignungen (Art. 14 Abs. 3 GG)	216
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	217
1. Beurteilung einer Inhalts- und Schrankenbestimmung	217

a) Übermaßverbot	217
b) Ausgleichspflichtige Inhalts- und Schrankenbestimmungen ..	219
2. Rechtmäßigkeit einer Enteignung	219
a) Anforderungen an das enteignende Gesetz	219
b) Legal- und Administrativenteignung	220
3. Anforderungen an den Exekutivakt	222
4. Besonderheiten beim Rechtsschutz	222
5. Rückübertragungsanspruch	223
6. Enteignender und enteignungsgleicher Eingriff	223
7. Überführung in Gemeinwirtschaft (Art. 15 GG)	224
IV. Erbrechtsgarantie	225
§ 29. Schutz vor Ausbürgerung und Auslieferung (Art. 16 GG)	227
I. Schutz vor Ausbürgerung (Art. 16 Abs. 1 GG)	227
1. Schutzbereich	227
2. Eingriff	228
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	228
II. Schutz vor Auslieferung (Art. 16 Abs. 2 GG)	230
1. Schutzbereich und Eingriff	230
2. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	230
§ 30. Asylrecht (Art. 16a GG)	231
I. Überblick	231
II. Die politische Verfolgung	233
1. Der Begriff „Verfolgung“	233
2. Der Begriff „politisch“	233
3. Nachfluchtgründe	234
4. Eigene Verfolgung	235
III. Einreise aus sicheren Drittstaaten (Art. 16a Abs. 2 GG)	235
1. Allgemeines	235
2. Einreise aus EU-Staaten	236
3. Einreise aus sonstigen sicheren Drittstaaten	236
4. Rechtsfolgen bei Einreise aus einem sicheren Drittstaat	237
IV. Sichere Herkunftsstaaten (Art. 16a Abs. 3 GG)	238
§ 31. Prozessgrundrechte und Petitionsrecht	238
I. Der Anspruch auf Justizgewähr (Art. 19 Abs. 4 Satz 1 GG)	239
1. Anspruchsvoraussetzungen	239
a) Grundrechtsträger	239
b) Begriff der „öffentlichen Gewalt“	239
c) Mögliche Rechtsverletzung	240
2. Anspruchsinhalt	241
II. Der allgemeine Justizgewährleistungsanspruch	244
III. Recht auf den gesetzlichen Richter (Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG) ...	245

1. Inhalt der Gewährleistung	245
2. Unzulässigkeit eines Eingriffs	245
3. Eingeschränkte Prüfungskompetenz des BVerfG	245
4. Verbot von Ausnahmegerichten (Art. 101 Abs. 1 Satz 1 GG)....	246
IV. Anspruch auf rechtliches Gehör (Art. 103 Abs. 1 GG)	247
V. Nulla poena sine lege (Art. 103 Abs. 2 GG)	247
VI. Ne bis in idem (Art. 103 Abs. 3 GG)	250
VII. Petitionsrecht (Art. 17 GG)	250
1. Anspruchsvoraussetzungen	250
2. Anspruchsinhalt	251

Teil IV. Gleichheitsrechte

§ 32. Allgemeines zu den Gleichheitsrechten	253
I. Übersicht über die Gleichheitsrechte des Grundgesetzes	253
II. Bindung des Gesetzgebers an den Gleichheitssatz	253
III. Ge- und Verbote in Gleichheitssätzen	254
IV. Prüfungsaufbau bei Gleichheitssätzen	254
§ 33. Die speziellen Gleichheitsrechte des Art. 3 GG	255
I. Art. 3 Abs. 3 GG	255
1. Allgemeines	255
2. Bevorzugung oder Benachteiligung wegen des Geschlechts	257
3. Das Problem der sog. mittelbaren Diskriminierung aufgrund des Geschlechts	259
4. Benachteiligung wegen einer Behinderung (Art. 3 Abs. 3 Satz 2 GG)	259
II. Gleichberechtigung von Männern und Frauen (Art. 3 Abs. 2 GG) .	261
§ 34. Der allgemeine Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG)	262
I. Willkürprüfung	262
II. Verhältnismäßigkeitsprüfung	263
1. Prüfungsaufbau	263
2. Prüfungsintensität bei der Verhältnismäßigkeitsprüfung	264
3. Mittlerer Maßstab	267
III. Besondere Wirkungen des Gleichheitssatzes	267

Teil V. Anhang

§ 35. Grundinformationen zur Verfassungsbeschwerde und sonstigen Verfahren	269
I. Zulässigkeitsprüfung der Verfassungsbeschwerde	269
1. Beschwerdeberechtigung (§ 90 Abs. 1 BVerfGG)	269

2. Prozessfähigkeit	270
3. Beschwerdegegenstand	270
4. Beschwerdebefugnis	270
a) Möglichkeit einer Grundrechtsverletzung	270
b) Qualifizierte Betroffenheit	271
5. Erschöpfung des Rechtsweges, Subsidiarität der Verfassungs- beschwerde (§ 90 Abs. 2 BVerfGG)	272
a) Rechtswegerschöpfung	272
b) Subsidiarität	272
c) Bundesverfassungsgericht und Landesverfassungsgerichte ...	274
6. Form und Frist	274
7. Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	275
II. Begründetheitsprüfung der Verfassungsbeschwerde	275
1. Einleitungssatz	275
2. Verletzung der Garantie der Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG)	276
3. Verletzung von Freiheitsrechten	276
4. Verletzung von Gleichheitsrechten	276
III. Sonstige Verfahrensarten	277
IV. Einstweilige Anordnungen	278
1. Allgemeines	278
2. Zulässigkeitsprüfung	278
3. Begründetheitsprüfung	278
Sachverzeichnis	281